

Inserate  
werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17.  
Grl. Ad. Schlech, Postlieferant,  
Gr. Gerber u. Breitestr.-Ges.,  
Olo Hirsch, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:  
für den inneren Theil: F. Hochfeld, für den übrigen  
redaktionellen Theil: E. R. Liebscher, beide in Posen.

Nr. 109

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,  
an den aus Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-  
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz  
Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

# Posener Zeitung

## Hunderundster Jahrgang.

Dienstag, 13. Februar.

Inserate  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Aventuren, ferner bei den  
Almoneen-Expeditionen  
und Posen, Haasenau & Vogler A.-G.,  
F. L. Daube & Co., Invalidendau.

Berantwortlich für den  
Inseratentheil:  
F. Klugkist in Posen.  
Fernsprecher: Nr. 102.

Inserate, die schriftgestaltete Petitionen oder deren Name  
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite  
50 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., auf bevorzugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die  
Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

## Deutscher Reichstag.

47. Sitzung vom 12. Februar, 1 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Die Berathung des Postetats wird fortgeleitet bei dem Titel „Ober-Postdirektoren, Ober-Posträthe, Postsekretären“.

Dazu liegt ein Antrag des Grafen v. Hompesch vor: den Reichskanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß die Annahme und Bestellung gewöhnlicher Pakete von der Reichspost an Sonn- und Feiertagen mit Ausnahme der Weihnachtszeit (18. bis 30. Dez.) auf Einsendungen beschränkt werde.

Abg. Lingens (Ctr.) begründet diese Resolution unter Hinweis auf die Gebote der Bibel.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Der erhabene Ton, in welchem der Vorredner gesprochen hat, hat etwas Wohlthuendes in einer Zeit des Materialismus. Die alte talmudistische Auffassung ist doch durch das neue Testament bereits bestätigt worden. Der Mensch ist nicht um des Sabbaths willen, sondern der Sabbath um des Menschen willen da und die Verhältnisse der Menschen sind doch sehr verschieden. Man bedenke doch nur, welche Schwierigkeiten die Ausführung der Sonntagsruhe-Bestimmungen der Gewerbeordnung macht. Man muß eine Klärung der Verhältnisse im Allgemeinen abwarten, und eine einzelne Reichsverwaltung kann nicht für sich aus der Front herauspringen. Der Vorredner möge bedenken, daß gerade in katholischen Ländern die Sonntagsruhe am allerwenigsten herrscht. Der englische Sonntag kann mit dem unsexigen Sonntag nicht verglichen werden. Man müsse doch auch die Handelskammern befragen. Am Ende könnten auch die Israeliten verlangen, daß an ihrem Sabbath keine Postsendungen bestellt werden. Seit Jahren haben wir uns bestrebt, die Sonntagsruhe für die Beamten zu erweitern. Am 31. März 1893 hatten bereits 99,99 Proz. der Beamten Sonntagsruhe, sodass erst auf 10 000 Beamten einer kam, der keine Sonntagsruhe hatte. Der Antrag klingt sehr harmlos, aber jede Sache hat doch zwei Seiten. Wenn Einsendungen bestellt werden sollen, so muss doch der Apparat dafür unterhalten werden, also die dafür verwendeten Leute würden keine Sonntagsruhe haben. Man sollte sich auch hüten, privilegierte Sendungen zu schaffen. Man muss abwarten, was Bundesrat und Reichstag im Allgemeinen für die Sonntagsruhe thun.

Abg. Gescher (dl.): Nach den Ausführungen des Staatssekretärs scheint der Antrag wenig Aussicht auf Annahme seitens der Postverwaltung zu haben. Meine politischen Freunde treten für diesen Antrag trotzdem aufs wärmste ein. Wenn privilegierte Einsendungen überhaupt zugelassen werden, dann können sie auch am Sonntag zugelassen werden. Allerdings würden für die Bestellung von Einsendungen am Sonntag auch Beamte vorhanden sein müssen, aber doch viel weniger, als wenn alle anderen Sendungen auch expediert werden. Die Reichsverwaltungen mögen den Privaten in der Sonntagsruhe mit gutem Beispiel vorangehen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Frei. Bp.): Soweit der Antrag darauf hinzielte, die Sonntagsruhe der Beamten zu erweitern, ist er mir und meinen Freunden sympathisch. Aber wie muß es auf das Verkehrsleben wirken, wenn dieser Antrag plötzlich durchgeführt würde? Es wäre eine neue Steuer auf Pakete, denn jeder, der wollte, daß sein Paket auch am Sonntag bestellt werde, müßte dasselbe als Einsendung sticken. Manche Sendungen müssen am Sonntag bestellt werden. Für die Beamten wäre es werthvoller, daß anstatt dieses Antrages denselben die Zeit, die sie am Sonntag frei haben, auf die Zahl der Dienststunden der Woche nicht angezählt werde. Ich bedauere, dem Antrage in seiner jetzigen Form nicht zustimmen zu können.

Abg. Zimmermann (Antis.): Wir stimmen dem Antrage v. Hompesch bei und wünschten, daß er noch weitergehen würde. Für die Postbeamten müsste noch viel mehr getan werden. Die Geld- und Paketbriefträger in Dresden haben gar keinen ganz freien Sonn- und Feiertag. Nur durch private Schlebungen können sich Beamte einen freien Sonntag verschaffen. In keinem Beruf wird die Zahl der Arbeitsstunden in der Woche auf sieben Tage verteilt, wie in der Postverwaltung. Würde der Beamtenpark vermehrt werden, so könnte man auch eine erweiterte Sonntagsruhe gewähren. Wenn der Staatssekretär meint, schließlich könnten auch die Juden kommen und den jüdischen Sabbath berücksichtigt wissen wollen, so antworte ich ihm: Wo ist denn der jüdische Staat, mit dem der Staatssekretär in internationalem Verkehr steht? (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Schädler (Centr.): Es ist wahr, daß der Sabbath für die Menschen da ist, also ist er auch für die Postunterbeamten da. Gerade die Postverwaltung müsste hier vorangehen mit gutem Beispiel. Wenn der Staatssekretär von den katholischen Ländern gesprochen hat, in denen keine Sonntagsruhe herrscht, so will ich darauf nicht näher eingehen, aber ich möchte nur zu erwägen bitten, welche Gestaltung die Regierungen jener Staaten haben. Nun hat der Staatssekretär auf die Israeliten exemplifiziert. Auch wenn nur die Israeliten unseres Staates es verlangen, daß ihnen an ihrem Sabbath keine Briefe und Pakete zugestellt werden, so würde ich auf das Entschiedenste dafür eintreten, daß ihnen dieser Wunsch erfüllt werde. (Heiterkeit.) Der Staatssekretär hat auch gemeint, man müsse auch danach fragen, was die Handelskammern dazu sagen würden. Diese würden allerdings überhaupt keine Sonntagsruhe haben wollen. Aber unser Volk besteht doch nicht bloß aus Handelskammern. (Heiterkeit.) Prinzipiell stehen wir auf dem Standpunkte, daß der Sonntag überhaupt nur zur Ruhe da sein soll, wir machen aber mit unserer Resolution einen kleineren Schritt, weil wir dann desto eher auf Erfüllung unserer weitergehenden Wünsche rechnen können.

Abg. Singer (Soz.): Es ist allerdings eine eigenhümliche Ersehnen, daß die Postverwaltung mit 7 Arbeitstagen rechnet, im Gegenzug zu allen anderen Berufen und Betrieben nur mit 6 Arbeitstagen. So kommt die hohe Ziffer von 70 Arbeitsstunden die Woche heraus. Die Sonntagsruhe bei der Post wird dadurch am besten ermöglicht, daß man die Sonntagsruhe in Handel und Industrie streng durchführt. Alle Parteien, welche die Sonntagsruhe in der Postverwaltung haben wollen, müssen also darauf

bringen, daß der Bundesrat die entsprechenden Ausführungsbestimmungen zur Gewerbeordnung möglichst bald erlässt. Man könnte auch ganz gut, um den Postbeamten einen ganz freien Sonntag-Nachmittag zu gewähren, den Nachmittags-Schalterdienst auf die Zeit von 12 bis 7 Uhr verlegen. Man wird sich an die Sonntagsruhe in der Postverwaltung ebenso gewöhnen, wie man sich an die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe gewöhnt hat. Das Centrum die Bestellung von Einsendungen am Sonntag zu lassen will, ist nur eine Konzeption an den Geldbeutel. Es kann auch für den Beamten gleich sein, ob er am Sonntag nur 30 oder 40 oder 50 Pakete austrägt. Der Sonntag ist ihm so wie so gefördert. Der Antrag des Centrums ist ebenso verfehlt wie die Einführung der neuen Briefmarke in Belgien, bei deren Verwendung die Sendungen Sonntags nicht bestellt werden. Selbstverständlich stecken uns kirchliche Motive fern. Immerhin degradiert wir die Resolution, weil sie wenigstens einen Schritt vorwärts thut auf dem Wege zur Sonntagsruhe. Wir wollen für die Beamten gerade den Sonntag und keinen Wochentag als Ruhetag haben, damit sie an allen festlichen Veranstaltungen, die gerade in Deutschland auf diesen Tag fallen, teilnehmen können.

Abg. v. Staudt (dl.): Wir stehen auf dem Boden des Antrages, glauben aber entgegen dem Abg. Singer, daß die Paketbestellung am Sonntag plötzlich nicht aufgehoben werden kann. Bei Durchführung des Antrages würde es sich vielleicht empfehlen, das Bestellgeld für die am Sonntag zu bestellenden Einsendungen zu ermäßigen. Redner bringt darauf eine Eingabe des evangelischen Arbeitervereins der Grafschaft Glatz vor, in der Beschwerde darüber geführt wird, daß die Briefträger der Gegend keinen freien Sonntag haben.

Staatssekretär v. Stephan erwähnt, daß die Beschwerden sich wohl auf die Posthilfsboten beziehen. Es siehe denselben frei, am Sonntag Ruhe zu haben, die meisten zögern es aber vor, zu arbeiten, um bezahlt zu erhalten.

Abg. Kröber (Volksp.): befürwortet den Antrag dahin, daß wohl das Austragen, aber nicht die Annahme von Paketen beschränkt werden solle, und nimmt den Handelsstand und die Industrie gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie einer vernünftigen Durchführung der Sonntagsruhe widerstreben.

Abg. Gröber (Ctr.) bittet, die Resolution einstimmig anzunehmen, um ihr Gewicht zu verstärken und die Reichspostverwaltung desto eher zu ihrer Befolgung zu veranlassen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Fr. Bp.) betont, daß es nicht die großen Kapitalisten, sondern die kleinen Leute sind, die die Post am Sonnabend meistens benutzen. Die deutschen Verhältnisse könnten nicht mit den englischen verglichen werden.

Der Titel wird bewilligt. Der Antrag v. Hompesch wird gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

Bei dem Titel „Vorsteher von Postämtern I. Klasse“ u. s. w. fragt

Abg. Dr. Müller-Sagan (Fr. Bp.) an, wie sich die Einnahmen und Ausgaben der überseeischen Postanstalten stellen. In der Kommission habe die Postverwaltung sich dieser Forderung gegenüber ablehnend verhalten, aber bei dem hohen Interesse, das unsere Kolonien beanspruchen, müsse die Postverwaltung über die betreffenden Bissern sich und dem Reichstage klarheit verschaffen, und unmöglich werde ihr das nicht sein.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Ober-Postsekretär und Postsekretär“ u. s. w. bringt

Abg. Dr. Müller-Sagan (Fr. Bp.) das Reglement zur Sprache, nach dem die Beamten die Postsekretär-Karriere verschlossen ist. Dadurch rauhe man denselben eine Hoffnung, von denen dieselben bei der Ableitung des Assistentenexams erfüllt gewesen seien.

Der Titel wird bewilligt.

Bei dem Titel „Ober-Postsekretär und Postsekretär“ u. s. w. bringt

Abg. Dr. Müller-Sagan (Fr. Bp.) das Reglement zur Sprache, nach dem die Beamten die Postsekretär-Karriere verschlossen ist. Dadurch rauhe man denselben eine Hoffnung, von denen dieselben bei der Ableitung des Assistentenexams erfüllt gewesen seien.

Der Titel wird bewilligt.

Bei dem Titel „Postassistent“ bemerkt Abg. Dr. Müller-Capau (Soz. Antis.): Es ist den Befürwortern von der Postverwaltung das Recht bestritten worden, zu „agitieren“ um Unzufriedenheit zu erregen. Aber es kommt darauf an, wie weit oder wie eng die Postverwaltung den Begriff „agitieren“ zieht. Es sind viele Assistenten diszipliniert worden, die sich an die Spize der Bewegung gestellt haben, ohne daß ihnen ein dienstliches Versehen zur Last gelegt werden konnte. Der Vertreter der Reichspostverwaltung sollte für die Ueberentstimmung mit der Mehrheit des Hauses anerkennen, daß den Assistenten dasselbe Recht zusteht wie allen anderen Staatsbürgern, nämlich sich zu organisieren und für den Verband zu agitieren. Dann wird manche Unzufriedenheit bestätigt werden, die jetzt in den Kreisen der betreffenden Beamten herrscht.

Abg. Singer (S.-D.): Das ablehnende Verhalten der Postverwaltung ist um so bedauerlicher, als die große Mehrheit des Reichstags das Recht der Koalition der Postbeamten ausdrücklich zuerkannt hat. Redner bringt einen Fall vor, wo neuerdings ein Postassistent in Elsaß, der zur Gründung eines Zweigverbands eine Versammlung einberief, vor der Abhaltung der Versammlung „im dienstlichen Interesse“ vom Oberpostdirektor vertrieben worden ist. Der Direktor entschuldigte sein Vergehen damit, daß der Beamte ja nicht im Dienste gewesen sei, weil er zu viel für den Verband agitiert habe. Der Zweigverband kam übrigens trotzdem zu Stande. Die Postverwaltung hat es sich sehr leicht gemacht, indem sie in der Budgetkommission ausführte, sie verbiete den Assistenten nicht, in den Verband einzutreten, sondern nur zu agitieren. Mit diesem Verbot unterbindet man die Lebensabende des Verbandes. Denn dazu wurde doch nicht der Verband gegründet, um sich in Loyalitätsbezeugungen gegen den Chef zu ergehen. Die Postverwaltung hat gar kein Recht, sich über die Unzufriedenheit aufzuregen. Unzufriedenheit ist der Hebel aller Kultur. Ob das Maß von Zu-

friedenheit in den Kreisen der Postassistenten durch das Vorgehen der Postverwaltung gesteigert wird, ist doch noch sehr zweifelhaft. Die Agitation der Assistenten ist keine Verhebung, sondern nur der Ausdruck berechtigter Unzufriedenheit. Wer ist denn Richter über die Thätigkeit des Verbandes? Dieselbe Behörde, gegen die sich gerade die Thätigkeit des Verbandes richtet. Diese Behörde ist also Richter und Ankläger in einer Person und ebenso Richter in

eigener Sache. Der Reichstag darf es nicht dulden, daß einem großen Theil der Staatsbürger Unrecht getan wird, und er sollte in einer Resolution den Reichskanzler auffordern, daß das Verhalten der Postverwaltung in eine Bahn einlenkt, die den Anspruch auf anständig und gesetzlich noch machen kann.

Direktor im Reichspostamt Fischer: Ich protestiere gegen die Behauptung des Vorredners, daß das Verfahren der Postverwaltung gegenüber dem Assistentenverband nicht anständig und gesetzwidrig sei. Es ist der Postverwaltung niemals eingefallen, die Mitglieder des Assistentenverbandes in der Ausübung ihrer staatsbürglerischen Rechte, insbesondere bezüglich des Vereinswesens irgendwie zu beschränken. Es läßt sich dafür auch nicht der Schatten eines Beleidigungsschadens aus alle dem erbringen, was von der Postverwaltung gegenüber dem Verband geschehen ist. Was wir gethan haben, rechtfertigt sich aus dem Verlauf der Dinge. Wir haben zunächst darauf aufmerksam gemacht, daß finanzielle Unternehmungen, wie sie der Verband im Begriff war einzugehen und inzwischen eingegangen hat, in früheren Fällen Nachtheile für die Beamten herbeigeführt haben. Auch konnten wir gegenüber den anderweitigen Vertriebungen des Verbandes die Hände nicht in den Schoß legen. Wollen Sie es wirklich erleben - ich möchte den Teufel nicht geruhen an die Wand malen, aber in anderen Ländern ist es geschehen, daß eine ganze Klasse von Beamten erklärt: wir wollen auch die Bedingungen vorschreiben, unter denen wir das Amt weiter fortführen wollen. In Italien und Spanien haben wir ja dergleichen erlebt. Die ganze Sache ist auch nicht so tragisch zu nehmen. Von Unterdrückung der freien Meinungsäußerung ist keine Rede. Die Herren kommen zusammen, sie reden was sie wollen, machen den Mund manchmal weit genug auf und drücken auch was sie wollen. Innerhalb vier Jahren ist nur eine einzige Entlassung erfolgt, will der Betreffende sich des fortgesetzten offenen Ungehorsams schuldig machen. Ich gebe zu, daß Verfehlungen vorgekommen sind, und bin bereit, jeden einzelnen dieser Fälle hier zu vertreten. Bezuglich des Falles aus dem Elsaß berufe ich mich auf den Bericht des vorgesetzten Oberpostdirektors. (Unruhe bei den Sozialdemokraten. Abg. Dr. Schönlan: Schicken Sie doch einen andern zur Untersuchung hin!) - Redner verleiht den betreffenden Bericht, wonach der betreffende Beamte nur aus dienstlichen Rückständen in Schiltach abgezweigt wurde. Unter Agitation verstehen wir durchaus nicht das, was uns Abgeordneter Singer unterschleift. Für unerlaubte Agitation halten wir z. B. folgenden Fall: Ein Assistent, der in der Kanzlei eine besondere Vertrauensstellung einnahm, benutzte diese Vertrauensstellung, um jüngere unerfahrene Beamte zu Mitgliedern des Verbandes zu werben; diese jungen Beamten traten dem Verband wider den eigenen Willen, nur mit Rücksicht auf den „einflussreichen Mann“ bei. Ja, es sind Fälle vorgekommen, wo die Beamten das Geld aus der Postkasse nahmen, um das Eintrittsgeld für den Verband zu bezahlen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Fr. Bp.): Ein Assistent, der in der Kanzlei eine besondere Vertrauensstellung einnahm, benutzte diese Vertrauensstellung, um jüngere unerfahrene Beamte zu Mitgliedern des Verbandes zu werben; diese jungen Beamten traten dem Verband wider den eigenen Willen, nur mit Rücksicht auf den „einflussreichen Mann“ bei. Ja, es sind Fälle vorgekommen, wo die Beamten das Geld aus der Postkasse nahmen, um das Eintrittsgeld für den Verband zu bezahlen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Fr. Bp.): Ein Assistent, der in der Kanzlei eine besondere Vertrauensstellung einnahm, benutzte diese Vertrauensstellung, um jüngere unerfahrene Beamte zu Mitgliedern des Verbandes zu werben; diese jungen Beamten traten dem Verband wider den eigenen Willen, nur mit Rücksicht auf den „einflussreichen Mann“ bei. Ja, es sind Fälle vorgekommen, wo die Beamten das Geld aus der Postkasse nahmen, um das Eintrittsgeld für den Verband zu bezahlen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Fr. Bp.): Ein Assistent, der in der Kanzlei eine besondere Vertrauensstellung einnahm, benutzte diese Vertrauensstellung, um jüngere unerfahrene Beamte zu Mitgliedern des Verbandes zu werben; diese jungen Beamten traten dem Verband wider den eigenen Willen, nur mit Rücksicht auf den „einflussreichen Mann“ bei. Ja, es sind Fälle vorgekommen, wo die Beamten das Geld aus der Postkasse nahmen, um das Eintrittsgeld für den Verband zu bezahlen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Fr. Bp.): Ein Assistent, der in der Kanzlei eine besondere Vertrauensstellung einnahm, benutzte diese Vertrauensstellung, um jüngere unerfahrene Beamte zu Mitgliedern des Verbandes zu werben; diese jungen Beamten traten dem Verband wider den eigenen Willen, nur mit Rücksicht auf den „einflussreichen Mann“ bei. Ja, es sind Fälle vorgekommen, wo die Beamten das Geld aus der Postkasse nahmen, um das Eintrittsgeld für den Verband zu bezahlen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Fr. Bp.): Ein Assistent, der in der Kanzlei eine besondere Vertrauensstellung einnahm, benutzte diese Vertrauensstellung, um jüngere unerfahrene Beamte zu Mitgliedern des Verbandes zu werben; diese jungen Beamten traten dem Verband wider den eigenen Willen, nur mit Rücksicht auf den „einflussreichen Mann“ bei. Ja, es sind Fälle vorgekommen, wo die Beamten das Geld aus der Postkasse nahmen, um das Eintrittsgeld für den Verband zu bezahlen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Fr. Bp.): Ein Assistent, der in der Kanzlei eine besondere Vertrauensstellung einnahm, benutzte diese Vertrauensstellung, um jüngere unerfahrene Beamte zu Mitgliedern des Verbandes zu werben; diese jungen Beamten traten dem Verband wider den eigenen Willen, nur mit Rücksicht auf den „einflussreichen Mann“ bei. Ja, es sind Fälle vorgekommen, wo die Beamten das Geld aus der Postkasse nahmen, um das Eintrittsgeld für den Verband zu bezahlen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Fr. Bp.): Ein Assistent, der in der Kanzlei eine besondere Vertrauensstellung einnahm, benutzte diese Vertrauensstellung, um jüngere unerfahrene Beamte zu Mitgliedern des Verbandes zu werben; diese jungen Beamten traten dem Verband wider den eigenen Willen, nur mit Rücksicht auf den „einflussreichen Mann“ bei. Ja, es sind Fälle vorgekommen, wo die Beamten das Geld aus der Postkasse nahmen, um das Eintrittsgeld für den Verband zu bezahlen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Fr. Bp.): Ein Assistent, der in der Kanzlei eine besondere Vertrauensstellung einnahm, benutzte diese Vertrauensstellung, um jüngere unerfahrene Beamte zu Mitgliedern des Verbandes zu werben; diese jungen Beamten traten dem Verband wider den eigenen Willen, nur mit Rücksicht auf den „einflussreichen Mann“ bei. Ja, es sind Fälle vorgekommen, wo die Beamten das Geld aus der Postkasse nahmen, um das Eintrittsgeld für den Verband zu bezahlen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Fr. Bp.): Ein Assistent, der in der Kanzlei eine besondere Vertrauensstellung einnahm, benutzte diese Vertrauensstellung, um jüngere unerfahrene Beamte zu Mitgliedern des Verbandes zu werben; diese jungen Beamten traten dem Verband wider den eigenen Willen, nur mit Rücksicht auf den „einflussreichen

Korriere zugelassen zu werden, dazu gehöre eine größere Bildung, als sie die Interessenten besitzen.  
Darauf vertrat das Haus die weitere Berathung auf Dienstag 1 Uhr (außerdem Wahlprüfungen.)  
Schluß 5% Uhr.

## Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 12. Februar, 11 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Nebereinführung gestattet.)

Die erste Berathung der Sekundärbahnen vorlage wird fortgesetzt.

Abg. Friken (Cir.): So lange Aussicht vorhanden ist, daß die einzelnen Landesteile Kleinbahnen erhalten, sind die Interessenten mit dem Bau von Kleinbahnen zurückhaltend. Ich bitte den Minister, den einzelnen Kreisen am Niederhain mitzuhelfen, ob sie den Bau von Sekundärbahnen zu erwarten hätten, damit sie eventuell zum Bau von Kleinbahnen übergehen könnten. Redner wünscht sodann den Bau einer Linie Trompel-Moers-Rheinberg-Eve.

Abg. Krebs (Cir.) hebt hervor, daß in diesem Gesetzentwurf Ostpreußen den Löwenanteil erhalten habe und bittet den Minister, in dieser Weise fortzufahren. Der Minister möge auch im Interesse der Ostprovinzen fortfahren in der Aufrechterhaltung der Staffeltarife. Ferner erucht Redner anstait der vorgeschlagenen Bahn Bünde-Nörtsch um eine Linie Melschede-Nörtsch.

Abg. Voßmann (nl.) bittet um den Bau einer Strecke Börde-Niedersachsenwald, im Interesse der Kleineisenindustrie und der Landwirtschaft der dortigen Gegend. Ebenso erucht Redner den Minister, seine ablehnende Haltung gegen eine Verbindung von Niedersachsenwald mit Lennep und Remscheid aufzugeben.

Abg. Lassen (Dän.) dankt der Regierung, daß sie auch den Kreis Sonderberg bedacht habe.

Abg. Burghardt (Lauban, nl.) verlangt ein zweites Geleise für die Linien Königszelt-Breslau und Kotbus-Görlitz-Lauban, damit die über Görlitz von Berlin nach Breslau führende Verbindung auf der ganzen Linie mit einem zweiten Geleise versehen sei.

Abg. Dr. Lieres Wilkau (sl.) bedauert es, daß die Weißkirchthalbahn nicht ausgebaut wird. Es komme hier die Bergwerks- und Textilindustrie in Betracht. Jetzt könne die Kohle nach den Bergwerken nur per Achse befördert werden. Der Ausbau der Eisenbahn liege auch im Interesse der Handweber, die, wie im allgemeinen anerkannt werde, der wo ein Eisenbahnbau vorhanden sei, am ehesten zu anderen Berufen übergeführt werden.

Abg. Hirt (dl.) wünscht den von den Interessenten schon längst geforderten Bau der Linie Breslau-Sixtobel zum Anschluß nach Schwedt, um den landwirtschaftlichen Produkten und der Zuckerindustrie dieser Gegend einen guten Absatz nach der Bergbaugegend zu verschaffen.

Abg. Mies (Cir.) legt Bewahrung dagegen ein, daß die projektierte Linie Köln-Grevenbroich als Schlüsselinie bezeichnet wurde, weil dadurch eine direkte Verbindung zwischen Köln und München-Gladbach nicht hergestellt würde.

Abg. Linke (nl.): Schlesien bedarf wegen seiner exponierten Lage mehr Eisenbahnverbindungen als die übrigen Provinzen in der Mitte und im Westen. In den letzten Jahren ist für Schlesien sehr wenig gethan worden; es hat nur ein Drittel von dem bekommen, was es nach seinem Flächeninhalt und seiner Einwohnerzahl hätte gelangen dürfen. Der Minister möge in Zukunft den Wünschen aus Schlesien einen geneigteren Ohr leihen. Redner verlangt sodann den Bau der Linie Striegau-Volkshain, und zwar derart, daß auf derselben eine Schnellzugverbindung nach Breslau eingerichtet werden kann.

Abg. Sonder-Elze (nl.) führt Beschwerde, daß Hannover bei dieser Vorlage wieder ganz leer ausgegangen ist. Dadurch entstehe Missstimmung, die bei den Reichstagsabgeordneten ihren Ausdruck finde. Dringend wünschenswert sei eine Linie Gandersehlem-Bodeberg-Elze.

Abg. Dr. Hartmann (cons.) fordert eine Linie Beeslow-Lübben-Lübbenau-Ulro.

Abg. v. Stülpnagel (cons.) befürwortet Beschleunigung des Projekts Jüterbog-Treuenbrietzen-Brandenburg.

Abg. Höbrecht (nail.) bedauert, daß der ganze Landesteil zwischen den Flußgebieten der Oder und der Weichsel unberücksichtigt geblieben ist. Es ist Pflicht der Regierung, mit dem Bau der Sekundärbahnen weiter fortzuschreiten. Bei Verstaatlichung der Privatseisenbahnen würde das besonders betont, daß der Staat die Verstaatlichung durchgeführt habe, um die Transportmittel allgemein besser nutzbar zu machen, als die Privaten es vermögen. Dabei handelt es sich um ein wirtschaftliches Bedürfnis allerersten Ranges. Hier steht sich ein Weg, der Landwirtschaft wirklich Nutzen zu gewähren. Besonders die bereits bewilligten Projekte müssen zur Ausführung beschleunigt werden. (Beifall.)

Abg. Rhode-Wachendorf (cons.) bittet um Auskunft über die Gründe der Verzögerung des Baues der Linie Breslau-Glück.

Ministerialdirektor Schröder erwidert, der Bau werde in nächster Zeit begonnen werden.

Abg. Beleites (nl.) fordert Ausbau der Linie Nadel-König nach Norden hin.

Abg. Schwarze (Centr.) wünscht eine Eisenbahnverbindung zwischen Paderborn und dem sauerländischen Schiefergebirge.

Abg. Dr. Porsch (Cir.) spricht der Regierung seinen Dank aus, daß sie eine Bahnlinie Gladbeck-Settenberg in Aussicht genommen hat. Mit Rücksicht auf den großen Arbeitsmangel in Schlesien ist es erforderlich, den Bau dieser Linie baldigst in Aussicht zu nehmen. Da der Bahnhof Gladbeck sehr weit von der Stadt abliegt, ist es wünschenswert, daß jetzt wiederum erwogen wird, ob nicht eine Personenstation näher an der Stadt angelegt werden könnte.

Abg. Frhr. v. Cynatten (Cir.) wünscht eine Linie Heinsberg-Zülich, Abg. Wellstein (Cir.) Ausbau der Linie Mayen-Odenau und schleunige Ausführung der Linie Koblenz-Mayen, Abg. Gorke (Cir.) bittet um Beschleunigung der bereits bewilligten Linie Krefeld-Bon. Neufkirch, Abg. Szumula (Cir.) fordert eine Linie zwischen Neustadt und Gogolin (Oberschlesien).

Auf eine Anregung des Abg. v. Unruh (Bromberg, sl.) führt Eisenbahndirektor Thiel aus, daß die Regierung für die Aussäße in der Zeitschrift für Kleinbahnen nur so weit verantwortlich ist, als es dort deutlich gekennzeichnet ist. Wenn also den Herren einzelne Aussäße zu weit gehen, so können sie solchen Auffassungen auf diesem allgemeinen Tummelplatz entgegentreten. Daß die Linien Elze-Gandersehlem, Bodeburg-Dünigen in dieser Vorlage nicht enthalten sind, liegt darin, daß Braunschweig sich geweigert hat, einen Zufluss zu zahlen, und die diesbezüglichen Verhandlungen noch in der Schwebe sind. Die Linie Krefeld-Bon. Neufkirch ist noch nicht in Angriff genommen, weil die Interessenten sich nicht über die Führung der Bahn haben einigen können. Eine bestimmte Erklärung kann ich nicht abgeben. Hoffen wir das Beste.

Abg. Engelsmann (nl.) befürwortet Weiterführung der Hunrückbahn über Simmern hinaus nach der Mosel zu. Abg. v. Berg (cons.) verlangt eine Linie Gifhorn-Nelzen-Deibisfelde-Wittingen. Abg. Frhr. v. Richthofen-Sauer (cons.) befürwortet bessere Verbindung Breslous mit dem Riesengebirge.

Abg. Bunzen (sl.) spricht sich für größere Förderung des

Kleinbahnwesens aus. Kleinbahnen müßten selbst dann gebaut werden, wenn auch nur die Betriebskosten gedeckt werden. Auch müßte den Kleinbahnen bezüglich der Tarifffrage freiere Hand gelassen werden. Nebenamt sollte der Staat mehr Entgegenkommen zeigen. Einfache Majorität auf den Kreistagen sollte genügen, um die Genehmigung zum Bau einer Linie einzuholen. Außerdem verlangt Redner besseren Anschluß nach Nordschleswig. Abg. van Bleuten (Cir.) erklärt, die Regierung habe mit der Übernahme der rheinischen Bahnen auch die moralische und rechtliche Verpflichtung übernommen, die Verbindungsstrecke von Euskirchen nach dem Aarthal auszubauen.

Abg. v. Weltheim (cons.) bittet den Minister, den schwer bedrängten nördlichen Vororten Berlins zu Hilfe zu kommen durch Zurückverlegung des gesamten Vorortverkehrs von der Nordbahn nach dem Stettiner Bahnhof.

Minister Thielen: Wir mußten einen Theil des Verkehrs aus dem Stettiner Bahnhof herauslegen, weil dieser Bahnhof so überlastet war, daß der Verkehr nicht mehr sicher aufrecht erhalten werden konnte. Wir haben den Verkehr herausgelegt, der es nach unserer Meinung am besten vertragen konnte. Den Antrag, sämtliche Vorortzüge von der Nordbahn nach dem Stettiner Bahnhof zurückzuverlegen, muß ich als eine unmöglichkeit bezeichnen. Indessen hoffe ich, daß die noch schwelbenden Vorarbeiten so weit erledigt werden, daß sie zu Beschluss der Staatsregierung noch in diesem Jahre führen.

Abg. Dr. Trmer (cons.) unterstützt die Anregung des Abg. v. Weltheim aus sozialen Gesichtspunkten, die in dem Anwachsen der Millionenstadt lägen, wodurch kleine Leute nach den Vororten gebrängt würden. Die Linie Lichtenberg-Wriezen sei noch immer nicht ausgeführt. Auch müßte der Niedorfer Bahnhof umgebaut werden. Erst fürtzlich habe dort eine Schlägerei stattgefunden.

Minister Thielen: Der Verkehr hat erst seit der Verlegung nach der Nordbahnstation zugedommen. Das Notwendige ist dort geschehen. In Niedorf findet ein Umbau statt, sodaß vorübergehend einige Beschränkungen des Verkehrs notwendig waren, die Verhältnisse sind durchauszureichende. Der Vorfall mit der Schlägerei erklärt sich sehr einfach. Ein Portier hat sich zwei Arbeitern gegenüber etwas drastisch ausgedrückt, es entstand eine Schlägerei, der aber sofort ein Ende gemacht wurde.

Abg. Frhr. von Los (Cir.) wendet sich gegen die Staffeltarife.

Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberathung.) Schluß 3% Uhr.

## Deutschland.

■ Berlin, 12. Febr. [Staffeltarife.] Es ist ganz unmöglich, daß Bayern für seine Zustimmung zum russischen Handelsvertrage die Bedingung der Aufhebung der preußischen Staffeltarife gestellt haben könnte. Wir haben diese Unmöglichkeit schon früher nachgewiesen und können heute wiederholen, daß eine einfache und einwandfreie Sachlage durch die frivole Geschicklichkeit der Gegner des russischen Handelsvertrages, scheinbar leider erfolglos, verbuntelt wird.

Dass die bayerische Regierung die Aufhebung der Staffeltarife wünscht, ist ebenso bekannt wie daß derselbe Wunsch sehr lebhaft im ganzen Westen Preußens, vom Harz bis an die belgische Grenze, geäußert wird. Nicht um eine Frage von Bundesstaat gegen Bundesstaat, sondern um eine solche von wirtschaftlichen Interessen gegenläufigen, die sich ohne Rücksicht auf staatliche Grenzen durchkreuzen, handelt es sich. Wenn solche Gegensätze innerhalb verschiedener Streitgebiete miteinander ringen, so entsteht allerdings leicht der Schein weitergreifender Differenzen, und die Beilegung des Staatsfalls wird so erschwert. Es ist doch etwas Anderes, ob das preußische Staatsministerium preußischen Wünschen nachgiebt (was nicht hindern würde, später wieder andere Maßregeln zu treffen), oder ob eine Bindlichkeit nach außen hin eingegangen wird. Material wäre die zweckmäßigste Lösung dieser Frage wohl die, daß die Staffeltarife über Halle und Magdeburg hinaus nicht mehr gelten sollen. Weiter nämlich hat sich ihre tatsächliche Wirkung nie erstreckt.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die „Kreuzzeitung“ hat ihre Behauptung aufrecht erhalten, der Kaiser habe Herrn v. Lebeck auf dessen Bemerkungen gelegentlich des parlamentarischen Diners beim Reichskanzler nichts erwidert. Dies steht mit der Wahrheit in Widerspruch; der Kaiser hat Herrn v. Lebeck allerdings erwidert. Die Information der „Kreuzzeitung“ röhrt ohne Frage nicht von befreiiger Seite her.

— Die Berathungen des Bundesraths über den Handelsvertrag mit Russland sollen so beschleunigt werden, daß der Vertrag Ende dieser, spätestens Anfang der nächsten Woche dem Reichstage zugehen kann.

— Die „Kreuzzeitung“ kündigt an, daß die ostpreußischen Mitglieder des Herrenhauses — dasselbe tritt, wie schon gemeldet, am 14. d. wieder in Aktion — die Frage der Staffeltarife für Getreide im Sinne der Aufrechterhaltung derselben erörtern würden.

— In der heutigen Nummer des „Reichsanzeigers“ werden die Namen der für die gegenwärtige Legislaturperiode vom Bundesrat und vom Reichstag neu- bzw. wiedergewählten Mitglieder der Kommission für Arbeiterstatistik veröffentlicht. Neu gewählt sind der hessische Regierungsrath Frhr. von Gemmingen, sowie die Abg. Dr. Kropatsched, Letocha, Merbach und Schmidt (Elberfeld). Von den bisherigen Mitgliedern sind ausgeschieden die früheren Mitglieder des Reichstags Dr. v. Hartmann und Dr. Hirsch. Der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. von Rottenburg und der Direktor des Kaiserl. Statistischen Amtes Dr. von Scheel, welche am 13. April 1892, erster zum Vorsitzenden, letzter zum Mitglied der Kommission auf fünf Jahre ernannt worden sind, gehören der Kommission auch weiterhin an.

— Baron Soubeiran, Direktor der Banque d'Escompte, ist am Sonnabend wegen geschäftlicher Unregelmäßigkeiten verhaftet worden, nachdem die Liquidation der Bank am Freitag beschlossen worden ist. Baron Soubeiran ist der Führer der französischen Bimetallisten. Er hat schon mehrmals Anträge auf den Erlass von Doppelwährungsgesetzen in der Deputiertenkammer eingereicht. Diese Art von haute finance ist also jedenfalls nicht für Goldwährung.

W.B. Hannover, 12. Febr. Der Provinziallandtag wurde heute Nachmittag durch den Oberpräsidenten v. Bennigsen,

der vollständig wiederhergestellt ist, eröffnet. — Oberpräsident v. Bennigsen ist Abends zur Theilnahme an den Verhandlungen des Reichstags nach Berlin abgereist.

W.B. Leipzig, 12. Febr. Das Reichstagssgericht verwarf die Revision des Redakteurs Boshardt, der am 21. November v. J. in Gotha wegen Beleidigung des Ministers des Ministeriums, des früheren Ministers v. Bonin und des Landgerichtsdirektors Grüner zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilt worden war.

## Parlamentarische Nachrichten.

L.C. Berlin, 12. Febr. Die Steuerkommission des Reichstags hat heute die zweite Lesung der Börsesteuer begonnen. Auf Antrag des Abg. Schneider wurde die in erster Lesung beschlossene Ausdehnung der Steuerpflicht ausländischer Aktien auf den Fall, daß sie von einem Inländer „besessen“ werden, (ohne sich im Inlande zu befinden) wieder gestrichen und eine Subkommission, bestehend aus den Abg. Camp, Geßler, v. Heyl und Mintelen mit der Berathung eines von dem Staatssekretär Grafen Posadowsky modifizierten Antrags (Camp) beauftragt, wonach der Aushändigung ausländischer Wertpapiere im Inlande gleich erachtet wird, wenn solche Wertpapiere, welche eine im Inlande wohnhafte Person oder Firma durch ein von ihr im Auslande abgeschlossenes Geschäft angeschafft hat, ihr aus dem Auslande überwandt oder von ihr oder einem Vertreter aus dem Auslande abgeholt werden.

## Kundgebungen zum russischen Handelsvertrag.

Frankfurt a. M., 12. Febr. Zwölf Handelskammern haben gestern zugleich mit den Vertretern zahlreicher industrieller Vereine hier selbst für den Handelsvertrag sich erklärt. Es wird darüber gemeldet:

Die von den zwölf Handelskammern Hessen-Nassaus und des Großherzogthums Hessen, sowie zahlreichen industriellen Vereinen einberufene Versammlung war außerordentlich zahlreich besucht. Der Referent Bonnfeld-Frankfurt, Mitglied des Zollvertrags, gab einen Überblick über die Zollverhandlungen, widerlegte mit sachlichem Material und durch gründliche Beweisführung die Befürchtungen, welche die Landwirtschaft aus dem Vertrage herleitet, und stellte die Segnungen derselben auf sämtlichen wirtschaftlichen Gebieten gegenüber. Schließlich beleuchtete der Referent aus allen Gesichtspunkten die verderblichen Folgen einer eventuellen Ablehnung. — Weismüller-Bodenheim warf die Frage auf, was aus der durch den Rückgang vieler Absatzgebiete bereits arg bedrängten deutschen Industrie werden solle, wenn der russische Handelsvertrag abgelehnt würde. zunächst sei der bisherige Bestand in Frage gestellt: für den Ausfall von etwa 100 Millionen an Löhnern sei die Landwirtschaft, wenigstens in dieser Gegend, nicht aufnahmefähig. Breuer-Högl betonte die Notlage der Industrie, die ebenso Beachtung erfordere wie die Landwirtschaft. Baumann-Frankfurt hob besonders die Folgen hervor, die die Ablehnung des Handelsvertrages für Deutschland in sozialer Hinsicht hätte. In der sodann eröffneten allgemeinen Diskussion sprach sich der Reichstagsabgeordnete Jost-Mainz für den Handelsvertrag aus, ebenso der Ökonomierath Herstatt Frankfurt Namens der rheinischen Landwirthe, die ebenfalls in diesem folgende Erklärung angenommen:

1) Die Annahme des Handelsvertrags mit Russland, als eines der wichtigsten Glieder in der Kette der Handelsverträge, sichert die volle Entwicklung der segenreichen Gesamtwirkung der deutschen Handelsvertragspolitik.

2) Der Vertrag bietet auf Jahre hinaus die Gewähr dauernd geeregelter Verkehrsbeziehungen zu dem großen Nachbarreiche und gesetzte Grundlagen für die Existenz eines erheblichen Theiles der deutschen Unternehmer und Arbeiter.

3) Derselbe bedeutet nicht nur das Ende des unheilvollen Zollkrieges, sondern ist ein erneutes wichtiges Unterfangen des europäischen Friedens.

4) Die gegen den Abschluß des Vertrags gerichtete heftige Opposition entspringt nur dem mißverstandenen Interesse einzelner Gewerbezwölfe, während die Annahme die Hebung der wirtschaftlichen Wohlfahrt des gesamten Vaterlandes zur Folge haben muß.

5) Die Versuche, die Verhandlungen über diesen Vertrag mit der Währungsfrage zu verbinden, müssen als hindernd und schädigend unseres väterländischen Gewerbebewesens entstehen zu rücksichtigen werden.

Die Versammlung spricht aus diesen Gründen die bestimmte Erwartung aus, der Reichstag werde dem Abschluß des ihm von den verbündeten Regierungen vorgelegten Handelsvertrages mit Russland die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen.

W.B. Mannheim, 12. Febr. Die heute hier stattgehabte zahlreiche Versammlung von Interessenten des Getreidehandels und der Mühlenindustrie von Baden, der Pfalz und Württemberg nahm folgende Resolution an:

1) Der Abschluß des Handelsvertrages mit Russland bildet eine glückliche Vollendung des im Jahre 1892 wieder in das Leben gerufenen Systems der Handelsverträge, durch welches für Handel und Industrie eine sichere Grundlage für eine gedeihliche Tätigkeit im internationalen Verkehr geschaffen wird;

2) durch den Vertrag wird der zwischen beiden Ländern tollgütlicher Krieg beendet;

3) die Interessen der deutschen Mühlenindustrie insbesondere werden durch den Abschluß des Vertrages in hervorragender Weise gefördert, indem derselben dadurch wieder die Möglichkeit gegeben ist, das klebrreiche russische Getreide zu vermarkten, welches seit dem Bestehen der Differential- und Kampfszölle von dem deutschen Markt gänzlich ausgeschlossen war;

4) auch dem Getreidehandel erwachsen aus dem Vertragsabschluß wesentliche Vorteile; durch die Abgeschlossenheit von Russland war dieser Handel gezwungen, seine Einkäufe hauptsächlich in Amerika, Argentinien und Rumänien zu bewerkstelligen, während jetzt durch die Errichtung Russlands dieser Länder nicht mehr das Monopol der Versorgung Deutschlands mit Getreide haben;

5) unsere Landwirtschaft wird durch den Abschluß des Vertrages in keiner Weise benachtheilt; was wir von Russland mehr einführen, wird aus Amerika und den übrigen Ländern weniger bezogen; daraus geht als sicher hervor, daß die deutsche Landwirtschaft durch den Vertragsabschluß keinerlei Schaden erleidet.

Aus allen diesen Gründen spricht die heutige Versammlung die Erwartung aus, daß der Reichstag dem Handelsvertrag mit Russland seine Zustimmung erteilen wird.

W.B. Augsburg, 12. Febr. Die schwäbische Handelskammer beschloß, eine Eingabe an das bayerische Staatsmini-

sterium zu richten und dasselbe zu bitten, für das Zustandekommen des russischen Handelsvertrages einzutreten.

## Sturm und Unwetter.

\* Berlin, 12. Febr. Der Weststurm hat hier seit Sonnabend stetig an Heftigkeit zugenommen und ist namentlich in der Nacht zum Sonntag außerordentlich stark und von Gewitterecheinungen begleitet gewesen. An vielen Stellen hat der Orkan Verwüstungen angerichtet, und ein bellagenswerther Unfall ist im Stettiner Bahnhof gebürtig vorgekommen. Der Verkehr auf der Abfahrtseite der großen Bahnhofshalle war schon beeinträchtigt und man erwartete nur noch die Einfahrt des um 1 Uhr fälligen Zuges, als plötzlich der Sturm mit furchtbarer Gewalt in die nach dem Vestibül zu schon geschlossene Halle hineinfegte, den über der Abfahrtseite belegenen nordöstlichen Theil der von 17 älteren Gewölberippen getragenen Wellblechbedachung erschütterte, in der Ausdehnung von etwa 70 Mtr. von sieben der Rippen losriß, wie Papier zusammenrollte und auf das Dach des an der Längsseite des Daches sich hinziehenden Anbaues warf. In demselben Augenblick verlor die Giebeltern der Halle. Als sich die Aufregung gelegt hatte, wurde man auf Hilferufe aufmerksam, die aus der im Bau befindlichen Dienstwohnung des Stationsvorsteheres Bielkisch hervorbrangen. Das auf das Dach geschleuderte Wellblech hatte einen hohen Schornstein umgerissen, der wieder das Dach und das schwere Deckengebäude über dem Schlafzimmer, in dem Bielkisch und seine Gattin ruhten, durchschlagen und im Zimmer selbst arge Verwüstungen angerichtet hatte. Am schlimmsten weggekommen war der Stationsvorsteher selbst, Balken und Schuttmassen hatten sich über ihn aufgestürmt und ihn schwer verletzt. Die Gattin, deren Bett nach der Halle zugestanden, war mehr vom Glück begünstigt worden. Das Gebäude war an der Hallenseite hängen geblieben und hatte so eine Art Schutzdach über Frau Bielkisch gebildet. Bielkisch war über und über mit Blut überströmmt, zum Glück waren es meist nur blutige Schrammen; arg zugerichtet ist dagegen die rechte Hand, die beim Handgelenk vollständig zerplattiert. Der Verletzte wurde nach Anlegung von Notverbänden nach dem Krankenhaus gebracht. Die nähere Untersuchung des Daches der Halle ergab, daß vom Sturme jenes Wellblech losgerissen wurde, das erst im letzten Sommer neu aufgelegt ist. Die Abfahrtseite der Halle ist vorläufig gesperrt. Ebenfalls stark beschädigt wurde das Bahnhofgebäude in Stralau-Rummelsburg. Das ca. 20 Quadratmeter große Papptablett des ungefähr vor Jahrzehnten erbauten einstöckigen Stationengebäudes wurde vollständig abgehoben und gegen das etwa 10 Meter davon entfernt stehende Wartegebäude geschleudert, sodass die Giebelwand durchschlagen wurde. Dabei sind eine eiserne Laterne und ein starker Lindenbaum abgebrochen, Menschen aber glücklicherweise nicht verletzt worden. Der Schaden wird auf etwa 2000 Mark geschätzt. Die Wartehalle mußte vorläufig gesperrt werden. In der Lyndenstraße (am Wedding) ist gestern Mittag der Giebel eines Neubaus eingestürzt. Arbeiter bemerkten die drohende Gefahr und die benachbarte Feuerpolizei ließ den Straßenzug absperren und rief die Feuerwehr, bei deren Eintreffen der Einsturz bereits erfolgt war. Auf der Potsdamer und Schlesischen Bahn veranlaßte der Sturm Verkehrsstörungen, weil die Signalvorrichtungen teilweise beschädigt wurden. Viele Brüderungen sind überall in der Stadt an Dächern und Fenstern vorgekommen. — Ein von einer Bau firma zu hydraulischen Zwecken auf einem Grundstück in der Hasenstraße erbauter, etwa 50 Fuß hoher Holzturm ist umgerissen worden und in sich zusammengefallen. In der Bellevue-Allee im Tiergarten hat der Sturmwind drei der ältesten Baumriesen entwurzelt und derart zwischen das andere Gehölz geschleudert, daß fast sämtliche Bäume der nächsten Umgebung zerbrachen, oder ihrer Äste beraubt wurden. Die Reit- und Fußgängerwege im Tiergarten sind buchstäblich wie ein Knüppeldamm mit Ästen besetzt. Verheerend wirkte der Sturm auch im Grunewald. In der Nähe der Königschausäße sind verschiedene große Bäume wie Rohr umgedreht und über die Wege geworfen. Von dem neuen Stationengebäude der Station Halensee ist das Dach in einer Ausdehnung von zwanzig Quadratmetern abgedeckt und auf den Bauplatz geschleudert worden. Im Vorort Weißensee hat der mit dem Sturmwinde verbundene wolkenträchtige Regen mehrfache Überschwemmungen herbeigeführt, sodass die Freiwillige Feuerwehr wiederholt in Thätigkeit treten musste. Mehrere Bretterzäune wurden umgerissen. Großer Schaden ist auch an den Treibhäusern und Warmhausanslagen in größeren Gärtnereien angerichtet worden.

\* Schneidemühl, 12. Febr. Der heute hier herrschende orkanartige Sturm hat vielen Schaden angerichtet. Auf der Knochenmehlfabrik ist ein hoher Schornstein und in der Uecker Straße ein massiver Giebel eines Stallgebäudes eingestürzt. Bäume sind vielfach umgebrochen, Fensterscheiben zertrümmert und Ziegelsteine von den Dächern gerissen worden. Auch in der Forst ist erheblicher Schaden entstanden, da viele Bäume entwurzelt worden sind.

\* Gnesen, 12. Febr. Eine schwere Katastrophe ist wohl in Folge des orkanartigen Sturmes in der Adalbertstraße bei dem dortigen Neubau herbeigeführt worden, denn durch Einsturz eines großen Theiles des Seitenflügels ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß derselbe wohl gänzlich zusammenbrechen wird. Schon jetzt ist der Schaden ein sehr großer.

Stettin, 12. Febr. Neben den in Folge des Unwetters erfolgten Einsturz des Jakobikirchturms wird von der "Ostsee-Ztg." ausführlicher wie folgt berichtet:

Von einem schweren, tief bellagenswerten Unglück ist unsere Stadt heute heimgesucht worden. Der seit Tagen wütende Sturm ist dem seit Ende Herbst vorliegen Jahres im Holzbau fertiggestellten Turm der Jakobikirche verhängnisvoll geworden. Gestern Mittag, wenige Minuten nach 1 Uhr, brach der Holze, mächtige Bau, dem zu seiner Vollendung nichts als die Bekleidung fehlte, mit einem furchtbaren, donnerähnlichen Krachen zusammen, im Niederglassen den Dachstuhl und das ganze Kirchendach, sowie die Anbauten an der Nordostseite mit seiner Wucht zertrümmernd. Schon um 11 Uhr will man ein Schwert des Thurmes bemerkte haben, das mehr und mehr zunahm und schließlich die Katastrophe herbeiführte. Leider ist auch der Vicar der Kirche, Herr Nadke bei dem Zusammensturz schwer verletzt worden, ein her niedersausender Balken hat ihm den einen Arm zerstört. Die größere Masse des zertrümmerten Thurmes ist von dem aus West-Süd-West tobenden Sturm auf die nordöstliche Seite geschleudert worden, einzelne Stücke von den Dachsparren, sowie abgerissene Kupferplatten des Kirchendaches fielen bis in die Schulzenstraße. An den umstehenden Häusern wurden vielfach die Dächer, auch die Fenster beschädigt. Als bald nach dem Sturz sammelten sich in den umliegenden Straßen ungeheure Menschenmassen; der Kirchenplatz selbst wurde schleunigst von der Polizei abgesperrt, auch die Feuerwehr zur Räumung herangezogen. Der angerichtete materielle Schaden ist bedeutend, in seinem genauen Umfang aber in diesem Augenblick noch nicht zu übersehen. Ein Werk, das Generationen erhofft hatten, das jetzt Dank der hochherzigen Opferwillig-

keit eines unserer Mitbürgen endlich zur Freude aller seiner Vollendung nahegerückt war, ist damit wieder vernichtet. Von dem Thurm ist nichts übrig als der alte gemauerte Stumpf, der das Baugerüst noch trägt, und die am Boden liegenden Trümmer.

Krefeld, 12. Febr. Das Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Das Kleintraekt Spur-Welle und Strecke Cleve-Bevenau sind wegen Sturmes gesperrt.

Glückstadt, 12. Febr. Das heutige Betriebsamt macht bekannt: Die Strecke Stedesand-Langenhorn ist wegen Hochwassers unpassierbar. Die Züge von Süden fahren bis Langenhorn, von Norden bis Stedesand.

Hamburg, 12. Febr. Der Südweststurm, welcher seit mehreren Tagen wütet, nahm in vergangener Nacht an Heftigkeit erheblich zu. Mehrere Personen sind verletzt worden, Häuser wurden beschädigt und Bäume umgebrochen; die Telephonverbindung mit Berlin, Bremen, Kiel und Lübeck ist gänzlich unterbrochen. Auch im Hafen sind mehrere Unfälle vorgekommen. Von Verlusten an Menschenleben ist bisher nichts bekannt geworden. Der Sturm scheint besonders in Mecklenburg große Verheerungen angerichtet zu haben.

Hamburg, 12. Febr. Der heftige Sturm hat in dem Hafen viele Häuser und Schiffe mit wertvoller Ladung zum Sinken gebracht. In Hamburg wurden durch den Sturm mehrere Häuser zerstört, wobei zwei Personen getötet wurden.

Cuxhaven, 12. Febr. Die englische Bark "Lady Simcoe", nach London bestimmt, und der dänische Dreimast-Schooner "Ellida", nach Maracalbo bestimmt, sind beide heute Nacht nach den Nordergrund vertriebenen gestrandet. Die Mannschaft der "Ellida", sieben Mann, sitzen in den Masten; der Verbleib der Mannschaft von "Lady Simcoe" ist unbekannt. Schlepper und Rettungsboote sind abgegangen.

Bremen, 12. Febr. Der seit mehreren Tagen herrschende starke Südwestwind setzte heute Vorrat in einen heftigen Sturm aus und verursachte zahlreiche Beschädigungen an Dächern, Schornsteinen und Bäumen. Die Telegraphen- und Telefonverbindungen wurden vielfach unterbrochen. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Lübeck, 12. Febr. Seit gestern Abend wütet Südwest-Orkan mit fürchterlicher Gewalt. In der Stadt und der Vorstadt sind viele Häuser abgedeckt und die Dächer sammt Ziegeln, Balken und Sparren straßenweit fortgeschleudert worden. In dem hanseatischen Invalidenversicherungsgebäude, einem Neubau, stürzten sämtliche Schornsteine ein und zertrümmerten mehrere Stockwerke. In Radeburg zwischen die Gräber des Friedhofes; viele alte Bäume wurden entwurzelt, der Pferdebahnbetrieb ist gestört. Abends hat der Sturm etwas nachgelassen.

Dresden, 12. Febr. Seit gestern herrscht hier orkanartiger Sturm mit Regenböen. Die Telephonverbindungen mit Berlin, Leipzig und fast sämtlichen Orten von Sachsen sind unterbrochen. In Radeberg ist eine große Fabrikhalle eingestürzt. Die Abendblätter bringen die Meldung von dem Einsturz des Gerüsts am Neubau der Altersversicherungsanstalt in der Dönerstraße, wobei zwei Arbeiter und zwar der eine derselben schwere Verletzungen erlitten haben sollen. Andauernd laufen Meldungen von weiteren Unfällen, Beschädigungen von Häusern und dabei zu Schaden gekommenen Personen ein.

Copenhagen, 12. Febr. Es herrscht hier furchtbarer Sturm bei sehr niedrigem Barometerstande.

## Notables.

Bozen, 13. Februar.

p. Der orkanartige Sturm, der gestern den ganzen Tag wütete und auch über Nacht anhielt, hat weiter vielfachen Schaden angerichtet. In den Glacis anlagen wurden eine Anzahl Bäume entwurzelt und in den Straßen der Stadt liegt viel Schutt von herabgeworfenen Dachziegeln, Mauerputz u. s. w. Besonders stark beschädigt sind die Häuser Kanonenplatz 5, Untere Mühlenstr. 6, Friedrichstraße 16, wo ein großes Stück Putz herabstürzte, und Martinstr. 8, wo das Zinkdach abgedeckt und auf den Hof geworfen wurde. Auf dem Centralbahnhof wurde ein Speicher zur Hälfte abgedeckt und die Wärterbude Nr. 18 umgeworfen. Ebenso ist die neu aufgestellte Perronhalle nicht unerheblich beschädigt. Außerdem ist eine Anzahl Fensterchellen im Gebäude eingedrückt worden.

Am Kohlenlagerplatz bei der Großen Schleuse entwurzelte der Sturm zwei mächtige Pappeln, desgleichen in der Eichwaldstraße und beim Warschauerthor. Bei letzterem wurde eine Telephonstange von dem Baum mit umgeworfen und die Drähte zerrissen. Auf der Bawade mussten mehrere Bäume gestützt werden, da sie der starke Wind zum Theil bereits umgeworfen hatte. Die Un Sicherheit in den Straßen war vielfach so groß, daß die Polizei zur Absperrung der bedrohten Strecken schreiten mußte.

Auch in unseren Vororten ist der angerichtete Schaden nicht unbedeutlich. Sehr viele Bäume, Gartenlauben und Bäume sind vom Winde umgerissen. In Jerix wurden von vier Häusern die Zindächer abgedeckt und rutschten, um Unglücksfälle zu verhindern, zeitweise ganze Straßentheile von der Polizei abgesperrt werden. Von der Kuppel des Hauses Berlinerstr. 47 wurde die über 1 Str. schwere Zinkspitze, welche einen Schwan darstellt, abgebrochen und auf die Straße geschleudert. Die Staatstelegraphenleitung wurde teilweise zerstört und ebenso konnten Abends mehrere elektrische Lampen wegen Störungen in den Drähten nicht brennen. Aehnlich lauten die Nachrichten aus Wilba und St. Lazarus, wo der Sturm besonders an den alten Häusern Schaden angerichtet hat. Menschenleben sind hier glücklicherweise in keinem Falle gefährdet worden.

\* Die Telephon-Verbindung mit Berlin ist bis zur Stunde noch nicht wieder hergestellt, und es erscheint fraglich, ob dies bis morgen ermöglicht werden kann.

p. Der mysteriöse Vorfall, welcher sich in der vorletzten Nacht in dem Hause Wallischei Nr. 11 ereignete, hat noch immer keine Auflösung gefunden. Es besteht wenig Hoffnung, den im Krankenhaus schwer darniedrigeliegenden Drozdowski am Leben zu erhalten. Von der Kriminalpolizei wurde gestern ein Verwandter des Verwundeten festgenommen, der im Verdacht steht, an dem Vorfall nicht unbeteiligt zu sein.

## Telegraphische Nachrichten.

Bonn, 12. Febr. Prinz Heinrich beauftragte den Oberbürgermeister Spiritus, der Bevölkerung der Stadt Bonn seinen Dank für den freundlichen Empfang, der ihm bei seiner Ankunft hier selbst zutheil geworden ist, zu übermitteln. Heute brachte der heutige Männergesangverein dem prinzlichen Paare ein Ständchen. Nachmittags wohnte Prinz Heinrich einer von

dem Offizierkorps des Husaren-Regiments König Wilhelm I. veranstalteten Festlichkeit bei. Später wird er die Borsussen in die besuchen.

Oldenburg, 12. Febr. Die Rekonvalescenz der Erbgroßherzogin schreitet in erfreulicher Weise fort. Der Rückkehr der erbgroßherzoglichen Familie von Schloß Banker in Holstein nach Oldenburg wird zum 28. Februar entgegengesehen.

Wien, 12. Febr. Im niederösterreichischen Landtag erwähnte der Statthalter v. Kielmansegg auf eine Interpellation des Abg. Schneider, die Staatsgrundgesetze, welche sich bisher bewahrt hätten, ließen den gewünschten Abschluß jüdischer Lehrer von den gewerblichen Vorbereitungsschulen unfehlbar erscheinen.

Wien, 12. Febr. In Nalonitz ist ein Bergmann verhaftet worden, welcher im Dezember v. J. 32 Kilogramm Dynamit aus dem dortigen Pulvermagazin entwendet und die Explosion im Hause des Advokaten Wolf verursacht hat. Das Dynamit wurde an dem Orte gefunden, an welchem es der Verhaftete nach seiner Aussage vergraben hatte. — Die bulgarische Regierung hat die der türkischen Regierung gehörige, von der orientalischen Betriebsgesellschaft betriebene 10 Kilometer lange Strecke Bellova-Sarambey der türkischen Eisenbahnen am 10. Februar in Besitz genommen. Der Bahnbetrieb wird durch die bulgarische Eisenbahnverwaltung fortgesetzt werden; eine Unterbrechung der Verbindung nach Konstantinopel ist daher ausgeschlossen.

Graz, 12. Febr. [Vandtag.] Der Statthalter Frhr. von Kübeck erklärte hinsichtlich der Schließung der technischen Hochschule, nicht die Vorkommissie des letzten Jahres hätten der Schließung herbeigeführt, sondern die jüngste disziplinäre Haltung der Studentenschaft, speziell die Broschüre, in welcher die Studenten ihr Anliegen niedergelegt. Der Minister dürfte die Bitte der Professoren, um eine spätere Untersuchung wegen der Aussage vergraben hatte. — Die bulgarische Regierung hat die der türkischen Regierung gehörige, von der orientalischen Betriebsgesellschaft betriebene 10 Kilometer lange Strecke Bellova-Sarambey der türkischen Eisenbahnen am 10. Februar in Besitz genommen. Der Bahnbetrieb wird durch die bulgarische Eisenbahnverwaltung fortgesetzt werden; eine Unterbrechung der Verbindung nach Konstantinopel ist daher ausgeschlossen.

Mährisch-Ostrau, 12. Febr. Heute sind auf allen Nordbahnhäfen die Mannschaften normal angefahren. Es herrscht überall Ruhe.

Prag, 12. Febr. [Vandtag.] Die Jungzechen interpellierten den Statthalter wegen der Vorgänge im Olsabniprozeß und verlangten Vorkehrungen, welche es den Vertheidigern ermöglichen, ohne die Gegenwart der bewaffneten Macht ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Pest, 12. Febr. Der Staatskassenausweis für das letzte Vierteljahr 1893 weist auf: Einnahmen 131 000 000 Gulden (4 500 000 Gulden mehr als im Vorjahr), Ausgaben 97 250 000 Gulden 1 250 000 Gulden weniger als im Vorjahr). Die Gesamteinnahmen für 1893 sind um 27 100 000 Gulden günstiger, somit die Bilanz für 1893 um 200 000 Gulden günstiger als die für 1892.

Rom, 12. Febr. Der internationale medizinische Kongress wird am 29. März in Gegenwart des Königs eröffnet werden. Unter den Festlichkeiten sind ein Empfang auf dem Kapitol, sowie eine Illumination des Forums und des Kolosseums in Aussicht genommen. 32 Nationen werden offiziell vertreten sein durch 73 Delegierte; 344 wissenschaftliche Körperschaften werden Vertreter entsenden, 2980 wissenschaftliche Mitteilungen sind bis jetzt angekündigt. Der Schluss des Kongresses ist für den 5. April vorgesehen.

Petersburg, 12. Februar. Nachdem Kontreadmiral Buratschel, der direkte Vorgesetzte des Kapitäns Fünfz, Kommandanten des im September vorigen Jahres an der finnischen Küste untergegangenen Monitors "Russalka", sowie Kapitän Luschow, der Kommandant des mit der "Russalka" zusammen aus Kewal ausgelaufenen "Tutcha" für den Untergang der "Russalka" verantwortlich gemacht worden waren, verurtheilte ein in Kronstadt zusammengetretenes Marinegericht Luschow zur Entziehung des Rechtes, ein Kriegsschiff zu kommandieren und ertheilte dem Kontreadmiral Buratschel einen Verweis.

Paris, 12. Febr. Dem "Tempo" wird aus Madrid gemeldet: Marshall Martinez Campos erhielt die Instruktion, die vom Sultan von Marokko angebotene Entschädigungszahlung, wiewohl dieselbe erheblich hinter der verlangten zurückbleibt, anzunehmen, falls der Sultan die übrigen Forderungen zugestellt.

Paris, 12. Febr. 300 Mann der Fremdenlegion haben Befehl erhalten sich zum Abmarsch bereit zu halten. Dieselben sollen nach dem Sudan gehen, falls die Ereignisse es erfordern.

Paris, 12. Febr. Die Deputirtenkammer trat in die Diskussion über die Getreidezölle ein. Der Deputirte Charles Roux bekämpft die Erhöhung der Getreidezölle und das System der beweglichen Zollskala und schlägt mit einer Vertheidigung der Interessen der Konsumenten.

Konstantinopel, 12. Febr. Die Cholera hat erheblich abgenommen und blieb heimlich nur auf einige Kasernen beschränkt; gestern kamen 6 Erkrankungs- und 1 Todessall vor. In Vera und Galata wurde kein Cholerafall gemeldet.

Cetinje, 12. Febr. Der Kaiser von Montenegro hat dem katholischen Erzbischof von Antivari für das ihm von demselben vorgelegte in Rom in slabischer Sprache gebrachte Messbuch seinen fuldvollen Dank ausgesprochen.

Paris, 13. Febr. Im Café des Terminushotel gegenüber dem Bahnhof St. Lazare ereignete sich gestern Abend eine neue Dynamit-Explosion. Bis jetzt verlautet nur von mehreren Verwundungen, doch geht das Gerücht, die Explosion wäre auf einen verbrecherischen Anschlag zurückzuführen.

Nach weiteren Meldungen über die Explosion wäre dieselbe durch ein Dynamitattentat veranlaßt. Der Täter ist ein 25jähriger Mann, welcher rechts vom Eingang des Hotels gesessen hatte; er schleuderte die Bombe und versuchte zu entfliehen, wurde jedoch alsbald gefasst. Nachdem er sechs Revolverschüsse abgegeben hatte, welche drei Personen verwundeten, hieb ein Schützmann ihm mit seinem Säbel über das Gesicht, wodurch die Verhaftung des Attentäters möglich wurde. Ein Schützmann wurde sterbend in das Hospital gebracht. Durch die Bombe sind etwa ein Dutzend Personen verwundet, welche meist an den Beinen ge-

troffen sind. Der Thäter erklärte, er heiße Lebreton und wollte Vaillant rächen. Andere Attentate würden folgen, um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören. — Die Minister des Innern, der Justiz und der Polizeipräsident von Paris trafen am Thotorte ein.

### Meteorologische Beobachtungen zu Paris im Februar 1894.

Datum	Banometer auf 0 Gr. reduz. in mm. Stunden. in Gehölz.	Wind	Wetter	Temp. Grad.
12. Februar 2	723,0	W stürmisch	wolkig	+ 8,5
12. Februar 3	728,6	W st. Sturm	bedeckt <sup>1)</sup>	+ 6,1
13. Februar 7	710,3	SW stark	bedeckt <sup>2)</sup>	+ 2,2
1) Am Tage bei starkem Sturm öfter Regenschauer.				
2) Schwacher Schneefall.				
Niederschlagshöhe in mm am 12. Februar. Abends 9 Uhr: 0,7				
Am 12. Februar. Wärme-Diagramm + 11,1° Cels.				
Am 12. = Wärme-Diagramm + 14,0°				

### Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

#### Fonds-Berichte.

\* Berlin, 12. Febr. [Zur Börse.] Die gehobene Stimmung der vorigen Woche übertrug sich auch auf den heutigen Verkehr, doch machte sich, nachdem die anfangs vorliegenden Provinzialfondss ihre Erledigung gefunden hatten, bei den kleinen Tagesspekulationen keine Anstieg, was nach den ziemlich erheblichen Kurstiegerungen der letzten Zeit nichts Überraschendes hohen kann. Die hohen Aufgangsstufen konzentrierte sich auch heute auf den deutschen Bahnenmarkt, wo sich extreme Umsätze zu stark schwankenden Kursen vollzogen. Namentlich waren es wieder die kleinen Bahnen die sich der größten Belebtheit erfreuten und erhebliche Steigerungen davontrugen. Auch Montanwerke waren wieder prozentiv höher, doch trat hier später auf das Gerücht, der rheinisch-westfälische Walzwerks-Verband sei nicht zu Stande gekommen, eine Abschwächung für Eisenwerke ein. Heute ist bekanntlich eine Sitzung der Vertreter der rheinisch-westfälischen Walzwerke zum Zwecke der Gründung eines neuen Verbandes über den Verlauf der Verhandlungen lagen aber bis Schluss der Börse keinerlei Nachrichten vor, so dass das oben erwähnte Gerücht nur mit Versicht anzunehmen ist. Aktienaktien lagen fest, angeblich auf Meldungen über Gründung eines erglücklichen Kohlenverbundes. In Wirklichkeit waren es aber die starken Versandziffern und Nachrichten, wonach das Syndikat höhere Preise für Kohlen erzielt, was die Stimmung beeinflusste. Im Gegensatz zu den per Ultimo gehandelten Banknoten sind die Kassawerke dieses Gebietes ziemlich vernachlässigt und ohne Bewegung. Kreditaktien wurden für Wiener Recknung verkaufst, was man mit Meldungen über das Auftreten der Cholera in Konstantinopel in Zusammenhang brachte. Der Schluss war ruhig bei behaupteten Kursen.

Vom Geldmarkt. Gegenwärtig ist Berlin der billigste Geldplatz in ganz Europa — ein Fall, wie er wohl noch niemals zuvor zu konstatieren war. Während der Privatdiskont hier 1% Prozent notiert, stellt sich der Privatdiskont in Wien auf 3%, in Petersburg auf 4, in London auf 2%, in Paris auf 2%, in Belgien auf 2% und in Holland auf 2% Prozent.

Breslau, 12. Febr. (Teleg.). Fest.

Reine Broz. Metzgkarthe 86,50 <sup>1/2</sup>, proz. L.-Pfandbr. 18,60, Konsol. Türk. 23,30, Tax. 19,57, 4proz. una. Goldrente 56,10, Bresl. Diskontobank 29 (0), Breslauer Wechslerbank 97,00, Kreditaktien 221,90, Schles. Bankverein 113,00 Donnersmarckhütte 100,0, Höherer Maschinenbau —, Kattowitzer Attken-Gesellschaft.

für Bergbau u. Hüttenbetrieb 134,65, Oberhöhle Eisenbahn 69,60, Oberhöhle Portland-Zement 97,00, Schles. Cement 150,25, Oppeln. Cement 114,50, Rummel 132,50, Schles. Glashütten 183,00, Laurahütte 122,00, Wertv. Delfbr. 88,0, Österreich. Banknoten 162,65, Russ. Banknoten 220,75, Eiseler. Ternit 97,00, 4proz. Ungarische Erzneuanstalt 91,50, Breslauer elektrische Straßenbahn 124,50

Frankfurt a. M., 12. Febr. (Effekten-Societät) [Schluß.]

Österreich. Kreisaktien 293, Franzosen —, Lombarden 90,50,

Ungar. Goldrente —, Gotthardsbahn 151,70, Diskonto-Kom-

munit 179,40, Dresden. Bank 135,20, Berliner Handelsgesell-

132,20, Bochumer Gußstahl 131,70, Dortmunder Unto. St.-Pr.

62,10, Geisenhütten 146,20, Harpener Bergwerk 137,20, Hibernia

117,40, Laurahütte 121,00, 4proz. Portugiesen —, Staleničke

Mittelmeerbahn 79,60, Schweizer Centralbahn 114,70, Schweizer

Rothofbahn 104,70, Schweizer Union 76,20, Staleničke Meridio-

nau 108,40, Schweizer Simplonbahn 54,60, Nordb. Lloyd —, Verteilner 63,40, Stalener 76,60, Fest.

Bremen, 12. Febr. (Börsen-Schlussbericht.) Massivites Pe-

roleum. (Offizielle Notizierung der Bremer Petroleumsbörse.)

Stellg. Loto 4,85 Br.

Baumwolle. Fest. Upland middl. loko 39,4% Pf.

Sped. Ruhig. Short clear middl. loco 36, Februar-

Abladung 36.

Schmalz. Ruhig. Wilcox 40%, Pfg., Armour shield 40 Pf.,

Cuban 41%, Pf., Rose u. Brother (pure) — Pf., Hartbanks

35 Pf.

Wolle. Umsatz: 232 Ballen.

Tabak. Umsatz 12 Boden Ambalema, 125 Boden Havannah,

66 Seronen Carmen, 123 Tab Kentucky.

Hamburg, 12. Febr. Bödermarkt. (Schlußbericht.) Rübend-

hützer I. Produkt Brot 88 v.G. Rendemen neue Fiance, frei

an Bord Hamburg per Febr. 13,07%, per März 13,00, p. Mai

13,07%, per Sept. 13,07%. Ruhig.

Hamburg, 12. Febr. Kaffee. (Schlußbericht). Good average

Santos per März 81%, per Mai 79%, per Septbr. 76%, per

Dez. 72%. Behauptet.

Paris, 12. Febr. (Schluß.) Rübendhützer behauptet, 88 Broz. Loto

35,75 — Weißer Buder ruhig, Nr. 3 per 190 Kilogr. per Febr.

28,50, per März 28,50, per März-Juni 28,62%, Mai-August

39,00.

Paris, 12. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen

ruhig, per Februar 20,60, März 20,80, per März-Juni 21,10, per

Mai-August 21,40. — Roggen ruhig, per Februar 14,50, per

Mai-August 14,70. — Weiz. ruhig, per Februar 43,10, per

März 43,90, per März-Juni 43,60, Mai-August 44,80. —

Rübbel behauptet, per Febr. 58,75, per März 58,75, per März-Juni

58,00, per Mai-August 56,00. — Spiritus ruhig, per Febr. 35,75,

per März 36,00, per März-April 36,25, p. Mai-August 37,00.

Wetter: Bedeckt.

Havre, 12. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Petzmann Biegler

u. Co.) Kaffee in New York floss mit 10 Points Botsie.

Mio 7000 Sod., Santos 2000 Sad. Neuzetts für Sonnabend.

Havre, 12. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Petzmann, Biegler

u. Co.), Kaffee, good average Santos, v. März 101,75, per Mai

99,50, p. Sept. 94,75. Fest.

Antwerpen, 12. Febr. Petroleumsmarkt. (Schlußbericht.) Raf-

finstres Type weiß loko 12%, bez. 12%, Br., per Febr. 12 Br.,

März-April 12,4% Br., per Sept.-Dez. 12,4% Br. Fest.

Antwerpen, 12. Febr. Getreidemarkt. Weizen ruhig.

Roggen ruhig. Hafer flau. Gerste ruhig.

Amsterdam, 12. Febr. Getreidemarkt. Weizen auf Termine

verändert, per März 147, per Mai 140. Roggen loko geschäftslos,

do. auf Termine verändert, per März 107, p. Mai 109, per Juli

110, per Oktober 114. — Rübbel loko 21%, per Mai 23%, per

Herbst 23.

Amsterdam, 12. Febr. Java-Kaffee good -ebinaar 52%.

London, 12. Febr. An der Flöte 8 Weizenladungen angeboten.

Wetter: Schön.

### Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 13. Febr. Wetter: Sehr starker Sturm.

Hamburg, 12. Febr. Salpeter loko 8,72%, März April

8,65. Fallend.

Newyork, 12. Febr. Weizen per Febr. 60<sup>1/4</sup> C., per

März 61<sup>1/4</sup> C.

### Berliner Produktenmarkt vom 12. Februar.

Wind: W., früh + 6 Gr. Raum., 740 Mr. — Wetter: Stürmis.

Gleichzeitig mit dem russischen Handelsvertrag ist nunmehr thäthäthlich ein Gesetzesentwurf, betreffend Aufhebung des Identitätsnachweises im "Reichs-Anzeiger" veröffentlicht worden und unser Getreidemarkt, der den Zollvertrag, so weit dieser überhaupt Einfluss gewinnen kann, anschließend bereits einkämpft, ist heute trotz der fortgesetzten flauen Auslandsberichte durch das letztere Moment immerhin ein wenig angeregt worden. Sowohl Weizen wie Roggen hat man eine Kleinigkeit besser verkaufen können; allerdings war die Kauflust nicht gerade von Belang und der Verkehr in Folge dessen sehr still.

Hafer blieb dagegen gegen Sonnabend unverändert.

Roggen mehr notirt auf nahe Lieferung etwas niedriger, sonst unverändert.

Rübbel hat bei ganz beschränktem Verkehr wiederum 20 Pf. nachgegeben, während Spiritus ziemlich unverändert geblieben ist. Gefündigt 10.000 lt.

Wetzel loko 185—147 Mart nach Qualität gefordert, gelber märkischer 141,5—143 M., feiner do. do. 14,5 M. ab Bahn bezahlt, Februar 142 M. bez., Mai 144,50—144,25 M. bez., Juni 145,50—145,25 M. bez., Juli 146,50—146,25 M. bez., September 148,50—148,25 M. bez.

Roggen loko 120—125 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 122—123 M. ab Bahn bez., Februar 124,25 M. bez., April 126,25—126,50 M. bez., Mai 127,25—127,50 M. bez., Juni 128 M. bez., Juli 128,50—128,75 M. bez., September 131,75 M. bez.

Mais loko 112—120 M. nach Qualität gefordert, Februar 110,50 M. bez., Mai 106—105,50 M. bez., Juni 106,75 M. bez., Juli 106,50 M. bez., Sept. 106,75 M. bez.

Gerste loko per 1000 Kilogramm 107—180 M. nach Qualität gef.

Hafer loko 135—170 M. per 1000 Kilogramm nach Qualität get. mittel u. guter ost- und westpreußischer 137—180 M., do. pommerischer, niederösterreichischer und mecklenburgischer 138—161 M., do. schlesischer 138—160 M., seiner schlesischer, pommerischer und mecklenburgischer 162—172 M. ab Bahn bez., April 135,25 M. bez., Mai, Jun, und Juli 134,25—134,75—134,50 M. bez.

Erbien Kochwaren 160—195 M. per 1000 Kilogr. Futterware 139—153 M. per 1000 Kilogramm nach Qual. bez., Vistoria-Erbien 215—230 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 19,50—17,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 16,00 bis 16,50 M. bez., Februar 15,95 M. Gd., März 16,10 M. bez., Mai 16,45 M. bez., Juni 16,60 M. bez.

Rübbel loko ohne Faz 44,7 M. bez., April-Mai 45,2 M. bez., Mai 45,4 M. bez., Oktober 45,8 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faz 51,7 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faz 52,2 M. bez., März 56,2 M. bez., April 56,7—56,8 M. bez., Mai 56,9—57,1 M. bez., Juni 57,2 bis 57,5 M. bez., Juli 57,7—57,9 M. bez., August 58,1—58,3 M. bez., Sept. 58,3 bis 58,5 M. bez.

Betroleum loko 18,60 M. bez.

Kartoffelmehl Februar 15 M. bez.

Kartoffelstärke, trockene, Februar 15 M. bez.